

Zugewanderten aus EU soll geholfen werden

Projekt für bessere Integration und soziale Teilhabe erhält 729.000 Euro Finanzspritze

Von Stefan Friedrich

Die Probleme bei Menschen, die vor allem aus dem östlichen Teil der Europäischen Union nach Deutschland kommen, sitzen tief. Viele kommen hierher und suchen nach Arbeit, scheitern aber schon an wesentlichen Erfordernissen, etwa dass sie ihren Wohnsitz melden müssen oder ein Konto führen sollen, auf dem der Arbeitslohn später einbezahlt werden kann. Vor allem Menschen aus Bulgarien oder Rumänien sind davon betroffen. Um

„

Wir planen, zwei Muttersprachler einzusetzen.

Sonja Winter
GBE-Geschäftsführerin

sie kümmert sich Aderia-Alina Kumru, eine von drei Teilzeitkräften, die im Rahmen eines mobilen Beratungsprojekts für Zugewanderte aus der Europäischen Union in Pforzheim Hilfestellung geben wollen. 729.000 Euro kostet dieses Projekt, das Anfang Januar begonnen hat und am 30. September 2026 auslaufen soll. 90 Prozent dieser Mittel werden vom Bund und der EU finanziert. „Wir planen, zwei Muttersprachler einzusetzen, wenn wir ein bisschen im Projekt drin sind“, erklärt Sonja Winter, Geschäftsführerin der Gesellschaft für Beschäftigung und berufliche Eingliederung mbH (GBE) in Pforzheim.

635 Personen sollen demnach über die Beratung angesprochen werden, 60 Prozent sollen zum Ende der Projektlaufzeit ein weiterführendes Beratungs- oder Unterstützungsangebot in Anspruch genommen haben, formuliert Winter das Ziel. In den ersten Tagen hat Kumru bereits Kontakt zu mehr als 20 Menschen



Es gibt viel zu tun: Aderia-Alina Kumru und Sonja Winter (von links) wissen um die Herausforderungen, auf die vor allem Menschen aus Osteuropa treffen, wenn sie nach Pforzheim kommen und hier Arbeit suchen. Dabei sollen sie unterstützt werden. Foto: Stefan Friedrich

aufgebaut. „Sie ist viel unterwegs und wird sehr willkommen geheißen von den Menschen“, versichert Winter. Schon jetzt zeichnet sich ab, in welchen Bereichen die Probleme verborgen liegen: vor allem große Familien wohnen demnach auf engem Raum. „Und wenn man Arbeit hat, dann sind es oft auch die Arbeitgeber, die sich nicht um die Arbeitnehmerrechte scheren“, sagt Winter. Zudem gehen die eigentlich schulpflichtigen Kinder manchmal nicht zur Schule, weil sie gar nicht erst angemeldet sind und die Leute, die nach Pforzheim kommen, auch gar nicht wissen, wie das geht und was sie konkret bei welcher Stelle tun müssen.

Jüngsten Statistiken zufolge bilden die Rumänen gemeinsam mit den Türken die größte ausländische Gruppe in Pforzheim, erklärt Winter. „Das sind aber nur die gemeldeten“, gibt sie zu bedenken. Wie viele Menschen noch unter dem Radar laufen, also nicht gemeldet sind, das sei unklar. „Offiziell ist es so, dass Menschen, die aus den EU-Staaten kommen, hier leben können, wo sie wollen, solange sie sich selbst versorgen können.“ Ausreisepflichtig sind sie erst dann, wenn sie nach drei Monaten keine Arbeit gefunden haben.

Kumru ist eine von den Mitarbeiterinnen bei diesem Projekt, die es so weit gar

nicht kommen lassen wollen. Sie stammt selbst aus Rumänien, lebt seit 20 Jahren in Pforzheim und war bereits als Stadtteilbotschafterin bei der GBE aktiv. Sie weiß also, wie schwierig es ist, in einem neuen Land Fuß zu fassen und Arbeit zu finden, zumal die Menschen in der Regel keine Ausbildung haben, somit nur Hilfsarbeiten verrichten können, und kein Deutsch sprechen können. Das Projekt, das die GBE betreut, sieht auch insofern eine Verbesserung der Integration und der sozialen Teilhabe vor, dass beispielsweise über Hilfsstrukturen informiert wird, Kontakte vermittelt werden oder die Mitarbeiter als Mediatoren auftreten.

Pforzheimer Kurier 09.02.2023